

Anstoß

DIE LINKE.

Linke Zeitung für Erfurt · www.die-linke-erfurt.de

Ausgabe 3 · 2018



Infos unter:
www.miete-bezahlbar.de

Inhalt:

- André Blechschmidt:**
Mehr Ortsteilräte! – Seite 2
- Ronald Hande:**
Erfurts Chancen in der Region – Seite 2
- Karola Stange:**
Wahrzeichen im Rieth – Seite 3
Das dritte Geschlecht – Seite 3
- Susanne Hennig-Wellsov:**
Familien stärken – Seite 4
Kindertag – Seite 4
- Christian Schaff:**
Studienbedingungen – Seite 5
Enquete-Kommission
Rassismus – Seite 5
UN-Migrationspakt – Seite 5
- Stadtratsfraktion:**
Straßenbahnen für Erfurt – Seite 6
Sanierung Berliner Platz – Seite 6
- Martina Renner:**
Ein Jahr 19. Bundestag – Seite 7
- Stadtverband:**
Neue Gesichter für Erfurt – Seite 7
- Danke Tamara** – Seite 8
- Weihnachtsrezept** – Seite 8
- Termine** – Seite 8
- Sudoku** – Seite 8

Wir sagen Danke!



GESCHENKE FÜR ALLE!

2019 WIRD ROT GEWÄHLT

Ob Weihnachtsmann oder Christkind, DIE LINKE wünscht Ihnen und Euch ein schönes Jahresende.

Haustür- gespräche

Als Politiker*innen sehen wir uns in der Pflicht, Thüringen in Ihrem Sinne zu gestalten.

Um zu wissen wie genau das aussehen soll, greifen wir manchmal zu unkonventionellen Mitteln – Wir klopfen z.B. einfach bei Ihnen zu Hause an. Wir wollen Sie kennenlernen, mehr von Ihren Geschichten wissen und aus erster Hand erfahren wie Sie sich ein gutes Leben vorstellen.

Wir haben aus den vielen persönlichen Gesprächen bereits eine Menge gelernt. Manchmal wollen wir aber auch einfach nur Danke sagen – für Ihre Stimme in den Wahlkämpfen, für Ihren ehrenamtlichen Einsatz an der einen oder anderen Stelle, oder einfach weil Sie da sind.

Ab 5. Dezember sind wir mit Abgeordneten, Minister*innen, Mitgliedern und Sympathisant*innen unserer Partei unterwegs um rechtzeitig für Ihr Weihnachtsfest Schoko-Nikoläuse zu verteilen. Möchten Sie auch einen? Dann melden Sie sich einfach in unserem Büro unter 0361 / 22 79 21 30.

Die Redaktion der LINKEN Zeitung »Anstoß« bedankt sich für ein weiteres Jahr bei den interessierten Leserinnen und Lesern.

Wir danken Ihnen und Euch, dass wir eine kritische Stimme in Ihren Wohnzimmern sein durften, dass Sie unsere Zeitung mit Ihren Beiträgen bereichert haben und uns bei den angekündigten Veranstaltungen besucht haben. Wir haben uns über jeden Einzelnen sehr gefreut.

Der »Anstoß« ist eine Zeitung, die nur mit ehrenamtlicher Unterstützung realisiert wer-

den kann. Bei Wind und Wetter wurde unsere Zeitung in den umliegenden Dörfern und allen möglichen Stadtteilen verteilt, das geht nur mit vielen helfenden Händen. Allen, die bei der Erstellung und Verbreitung geholfen haben, sei an dieser Stelle für ihren Einsatz herzlichst gedankt.

2018 haben wir gemeinsam eine Oberbürgermeister*innenwahl gemeistert und 2019 wartet ein Superwahljahr auf uns. Die Kommunal-, Europa- und Landtagswahl stehen vor uns. Doch bis dahin wünschen wir

Ihnen und Euch ein erholsames Jahresende. Egal ob Sie zu Hause feiern, sich Zeit für sich selbst nehmen oder das Weite suchen, wir wünschen Ihnen und Euch eine gute Zeit. Wir hoffen, dass Sie 2019 mit Tatkraft und Motivation in ein erfolgreiches Jahr starten werden. Wir, die verschiedenen Vertreterinnen und Vertreter der Partei DIE LINKE, werden uns dafür einsetzen, dass das nächste Jahr noch besser sein wird. Bis dahin verbleiben wir mit solidarischen Grüßen.

Das Redaktions-Team

»Wir müssen mal reden«

Diesen Wunsch haben die Menschen in meinem Wahlkreis immer wieder geäußert und in zahlreichen Gesprächen habe



ich mich den Fragen gestellt und versucht Antworten zu geben. Um den Gesprächsmöglichkeiten einmal einen anderen Rahmen zu geben, habe ich im November im Einkaufszentrum Melchendorfer Markt am Drosselberg eine offene Bürgersprechstunde durchgeführt. Dieses Angebot wurde sehr gut genutzt, das Themenspektrum reichte von Mietproblemen über Schwierigkeiten mit der Arbeitsagentur bis zu aktuellen Themen der Stadt- und Landespolitik. Allerdings wurde ich darauf hingewiesen, dass gerade dieser Termin jetzt ungünstig sei.

Deshalb möchte ich Sie hiermit einladen, ein ganz besonderes Gesprächsangebot zu nutzen. Laden Sie doch ein paar Freunde oder Nachbarn zu sich ein und kochen eine Kanne Kaffee. Dann bringe ich den Kuchen mit und wir kommen bei Ihnen im Wohnzimmer ins Gespräch.

Sie wollen wissen, wie das genau funktioniert und wie man einen Termin vereinbart? Dann melden Sie sich in meinem Bürgerbüro unter der Telefonnummer 0361/2166 8710 oder per Email an blechschmidt@die-linke-erfurt.de

Straßenausbaubeiträge werden abgeschafft

Kommunen können (Leistungsfähigkeit vorausgesetzt) den Anteil der Beitragspflichtigen bereits jetzt auf bis zu 10 Prozent absenken, ab 1. Januar steht es im Ermessen der Kommunen, ganz auf Beiträge zu verzichten. Die rückwirkende Erstattung bereits bezahlter Beiträge für abgeschlossene und beschiedene Maßnahmen ist ausgeschlossen. Für laufende Baumaßnahmen wird es eine Übergangsregelung geben.

Bis es eine weitere Gesetzesänderung gibt, die die Straßenausbaubeiträge ganz abschafft, wird es ein Moratorium, also ein Aussetzen der Beitragspflicht, geben. Die Kommunen, die auf die Erhebung der Beiträge verzichten, erhalten Entschädigungen vom Land.

Mehr Bürgerbeteiligung! Mehr Ortsteilräte!



Auch ein Ergebnis aktiver Ortsteilratsarbeit: der Anfang 2018 eröffnete Rundweg um Urbich.

Über Art, Form und Umfang von Bürgerbeteiligung wird zurzeit auf vielen Ebenen diskutiert und gerungen. Auch in Erfurt ist diese Diskussion schon seit langem im Gange, aktuell wird ein Beteiligungsrat bei der Stadt eingerichtet. Immer öfter engagieren sich Menschen direkt in ihrem Wohnumfeld, weil sie Probleme lösen und Missstände beseitigen wollen. Beispielhaft seien hier die Diskussionen um die neue Rathausbrücke oder den Umbau der Nordhäuserstraße genannt. Interessanterweise treten diese und einige andere Auseinandersetzungen an Stellen in Erfurt auf, an denen es keine Ortsteilräte gibt.

Dies gilt auch für Daberstedt, wo die Anlieger des Hirnzigenparks erfahren, dass dieser von der Wohnungsbaugenossenschaft Einheit bebaut werden soll. Sie wussten zunächst nicht, wie und in welcher Form sie ihren Widerstand organisieren sollten. »Wir hatten einfach keine Ahnung, welche Rechte wir hatten, wie wir uns organisieren sollten, wer unsere Ansprechpartner sein könnten« erinnert sich Detlef Wagner, damals einer der Sprecher der späteren Bürgerinitiative. In einem mühsamen Prozess, in dem sie sich auch Rat bei Stadträten der LINKEN holten, erarbeiteten sie ein Konzept, führten Gespräche und erkämpften sich am Schluss das Recht, in der anstehenden

Bauplanung formal als Beteiligte zu gelten. »Hätten wir einen Ortsteilrat und einen Ortsteilbürgermeister hier in Daberstedt gehabt, hätten wir viel Mühe und Zeit sparen können, da diese Institutionen von der Verwaltung von Anfang an direkt und formal hätten beteiligt werden müssen« ist sich Wagner sicher.

Ob Schulsanierung, Straßenaus- und umbau, Beleuchtung oder Hochwasserschutz (um nur eine kleine Auswahl zu nennen) – um alle diese Themen kümmert sich ein Ortsteilrat. Auch die Bewohnerinnen und Bewohner am Ringelberg, die sich Sorgen machen, ob eine geplante Diskothek sich negativ auf ihr Wohnquartier auswirkt, wären sicherlich froh gewesen, ein solches Gremium zu haben. Viele Ängste hätten schon im Vorfeld abgebaut werden können und vor allem eines wäre klar gewesen: das Gefühl des »übergangen

Werdens« hätte nicht einen so großen Stellenwert in der Diskussion eingenommen. Natürlich gibt es auch andere Formen der Beteiligung, die sich bewährt haben, wie der Bürgerbeirat in Ilversgehoen zeigt. Aber dieser Beirat hat eben nicht die gleichen Rechte wie ein Ortsteilrat. Und deshalb stellt sich die Frage, warum dieses bewährte Instrument, das sicherlich nicht alle Probleme aus der Welt schaffen kann, nicht auf weitere Ortsteile ausgedehnt werden kann?

Dafür wird sich DIE LINKE im kommenden Kommunalwahlkampf auf jeden Fall stark machen.

André Blechschmidt

Regiopolregion Erfurt – Eine Chance für Stadt und Umland



Regiopole in Deutschland.

Das Konzept einer Regiopolregion will die bereits existierenden Stadt-Umland-Beziehungen, unabhängig von administrativen Grenzen, aufnehmen und ausbauen und damit die Lebenswirklichkeit ihrer Bewohner widerspiegeln. Ziel ist es, die Innenkonkurrenz zwischen den Kommu-

nen herauszunehmen und die Vorteile einer interkommunalen Zusammenarbeit für die Region als Ganzes herauszustellen. Grundvoraussetzung dafür ist aber, dass sich die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter den Dingen, die um sie herum passieren, öffnen. Im Grunde geht es um die Bündelung von Kräften und Aufgaben. In welchem Maß sich diese über eine übliche interkommunale Zusammenarbeit hinaus bewegt, bleibt den beteiligten Partnern überlassen.

Als erste hat sich die Hansestadt Rostock gemeinsam mit den Umlandkommunen im Jahr 2006 zu einer solchen Region zusammengefunden. Das Konzept scheint auch auf Thüringen übertragbar zu sein, da es womöglich die Lebenswirklichkeit der Menschen besser abzubilden vermag als eine Metropolregion Mitteldeutschland. Erfurt hat sich bereits dem deutschen Regiopole-Netzwerk angeschlossen.

Fakt ist, gemeinsam ist man stärker! Klar ist auch, dass Städte und Gemeinden sich sowohl in Thüringen als auch bundesweit vermehrt in einer Konkurrenz der Regionen befinden. Doch auch wenn diese Einsicht vorhanden ist, scheitert es oft spätestens dann, wenn es um Haushaltsmittel und –ressourcen geht. Ohne einen passenden Rahmen bleiben Kooperationen daher oft an einem gewissen Punkt stecken.

Eine Regiopolregion kann diesen Rahmen geben und die Konflikte auflösen. Sei es im kulturellen, wirtschaftlichen, verwaltungstechnischen, strukturellen oder sonstigen Bereich. Verbunden mit einer in Relation zu den Metropolregionen vergleichbaren finanziellen Förderung lässt sich ein tatsächliches Erfolgsmodell entwickeln.

Die Ergebnisse in und um Rostock sind vielversprechend und lohnen näher betrachtet zu werden. Auch die Region Erfurt könnte einen solchen Erfolgsweg einschlagen. Dazu sind jedoch mindestens ein Initiator, sowie die Fähigkeit über den eigenen Tellerrand zu schauen, notwendig. Und ohne den Willen problemorientiert gestalten und nicht nur verwalten zu wollen, verläuft jedes noch so gut gemeinte Projekt im Sand.

Aber: Erfurt kann gestalten und hat das Potential – also warum eine solche Chance nicht nutzen?

Ronald Hande, Sprecher für Landesentwicklung und Landesplanung der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

Wahrzeichen im Rieth retten!

Foto: Michael Sander



Uhrenturm und das Wandbild von Erich Enge.

Das Wandbild »Sieg der Liebe über die Finsternis« von Erich Enge ist zusammen mit dem Glocken- und Uhrenturm ein wichtiges Wahrzeichen für das Rieth. Doch die denkmalgeschützten Bauwerke tragen die Zeichen der Zeit. Vor einer Weile gab es Streit, wem der Glocken- und Uhrenturm gehört und wer demzufolge zuständig für dessen Erhalt ist. Festgestellt wurde, dass Ute Kemmerich die Besitzerin ist, doch alleine kann sie die Kosten nicht tragen. Zusätzlich ist der Erhalt des Wandbildes noch wesentlich kostenintensiver als der des Turms.

Doch das Bauwerk liegt vielen Menschen im Rieth am Herzen. So auch Karola Stange, die zusammen mit ihrer Fraktion DIE LINKE erfolgreich einen Antrag in den Stadtrat einbrachte, der das Ziel verfolgt, den Gebäudekomplex zum kulturhistorischen Erbe der Stadt zu erklären. Gleichzeitig geht die Stadt die Verpflichtung ein, auch diesen Komplex mit all ihren Möglichkeiten zu erhalten. Viele gute Gründe sprechen dafür: Die Bauwerke sind ein Stück Identität und »zu Hause« für die Bürgerinnen und Bürger im Rieth. Zudem gibt das Bauensemble dem Wohngebiet eine beson-

dere architektonische und städtebauliche Qualität. Ein weiterer Grund ist der Zeugniswert. Der Turm und seine Verbindungsbrücke sind das letzte derartige Bauwerk aus der DDR. Auch das monumentale Wandbild ist einmalig und gehört zu einem der größten Europas. Das Bildthema »Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift« spiegelt sich wieder in dem Beginn der

Oktoberrevolution und einen hoffnungsvollen Ausblick auf die Weltrevolution. Doch Erich Enge nahm die sozialistisch-kommunistische Weltanschauung nicht ohne Weiteres an, auch in dem Bild verbirgt sich Kritik. Experten geben dem Gebäudekomplex nur noch drei bis fünf Jahre. Grund für die Schäden ist der Beton hinter dem Wandbild. In diesen ist Wasser eingedrungen, wodurch der Beton von innen nach außen gesprengt wird. Und an dem Turm nagt der Zahn der Zeit. Daher muss jetzt gehandelt werden!
ims

Vor Ort in Linderbach – Ortsteile haben hohe Priorität

Die Angst vor einer erneuten Naturkatastrophe lässt den Ortsteil nicht zur Ruhe kommen. Eine gute Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes, gerade was die Bachpflege angeht, wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Doch nicht nur die Brücke »Am Ziegelgarten«, sondern auch die unscheinbare Brücke auf der anderen Seite des Ortes muss in den Blickpunkt gerückt werden. Die Anwohnerinnen und Anwohner hier sind als erstes Betroffenen, sollten große Mengen an Wasser aus Urbich herüber schwappen. Karola Stange ist der Meinung, dass die Stadt endlich handeln und ihr angekündigtes Projekt für die Absenkung der Fläche, an der Stelle wo Peterbach und Linderbach zusammenfließen, umsetzen muss, sowie eine intensive Bachpflege des Linderbachs vornehmen muss. Es kann nicht sein, dass die Einwohnerinnen und Einwohner bei diesem Thema alleine gelassen werden.

Für Frauen unterwegs

Am 19. Januar 1919 durften Frauen erstmals wählen und sich wählen lassen. Doch der Kampf um das Frauenwahlrecht begann in Deutschland bereits Mitte des 19. Jahrhunderts. Er war lang, schwer und gefährlich für die Frauen, die ihn austrugen. An ihren Erfolgen will Karola Stange im kommenden Wahljahr anknüpfen. Sie ist viel im Wahlkreis unterwegs und möchte mit Frauen ins Gespräch kommen, um ihr Interesse an Politik zu wecken.

Karola auf Wahlkreistour

Das angenehme an Wahlkreisarbeit ist, mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ins Gespräch zu kommen – das wurde mehrfach genutzt. Zum Beispiel bei der Übergabe eines Spendschecks in Höhe von 100 Euro an den Tagestreff in Hochstedt oder beim überreichen kleiner Geschenke für die Seniorinnen und Senioren am Moskauer Platz im Mehrgenerationenhaus. In Kerspleben traf Karola Stange sich mit der Senior*innengruppe zu Kaffee und Kuchen. Ein weiterer Höhepunkt sind immer wieder die Gespräche zu den runden Geburtstagen der Genossinnen und Genossen.

Einteilung in zwei Geschlechter zu eng gefasst

Aktuell wird im Bundestag heftig über eine Neuregelung des Personenstandsgesetzes diskutiert. Bis Ende des Jahres muss aus dieser Diskussion ein Verfahren zur Eintragung einer anderen Geschlechtsbezeichnung als männlich oder weiblich hervorgehen. Auslöser dieser wichtigen Auseinandersetzung ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober 2017, welches besagt, dass die Kategorie »Geschlecht« in weiten Teilen eine gesellschaftliche Konstruktion und keine »natürliche«, absolut eindeutige Gegebenheit, ist.

Die Reduzierung von Menschen auf die beiden Kategorien weiblich und männlich verstößt gegen das Grundgesetz, insbesondere gegen die Garantie der Menschenwürde (Art. 1 GG), das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 GG) sowie das Gleichheitsgrundrecht (Art. 3 GG). Die Einführung der Option eines dritten Geschlechts begrüßt die Thüringer Landesregierung, und auch die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, dahinsichtlich des Thüringer Koalitionsvertrages von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, in welchem die Beförderung der

Akzeptanz und Gleichstellung aller Lebensweisen und den Abbau von Diskriminierungen in Alltag und Verwaltungshandeln auch für Transgender und intergeschlechtliche Menschen beinhaltet ist.

Der aktuelle Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums verfehlt das eigentliche Anliegen in vielerlei Hinsicht. Nicht nur das weiterhin das begrenzende Verfahren zur Personenstandsänderung gelebt werden soll, sondern auch die weitere Attestpflicht bei der Ermöglichung eines geschlechtsneutralen Geschlechtseintrages die Bedürfnisse von trans* Personen weitgehend ausschließt. »Leider dürfen bis zum Inkrafttreten der Neuregelung durch den Bundesgesetzgeber Standesämter keine Entscheidungen über einen Antrag auf Eintragung eines dritten Geschlechts in das Personenstandsregister treffen, sodass Betroffene weiteren Wartezeiten ausgesetzt werden« bedauert Karola Stange sehr. Zivilgesellschaftlich hat sich die Aktion Standesamt 2018 organisiert, um Menschen ihre Hilfe anzubieten, die bei Standesämtern eine Korrektur des bisher nur binären Geschlechtseintrages beantragen wollen. Außerdem begleitet die Aktion, genau wie einige andere auch, das Gesetzgebungsverfahren kritisch und stellt Forderungen auf, welche man bei dem neuen Gesetz mit beachten muss.

Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag

**Selbstbestimmung,
Gleichbehandlung und
körperliche Unversehrtheit
für das Dritte Geschlecht!**

»Was habt ihr eigentlich für die Menschen in Thüringen erreicht?«

Das wurde ich in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder gefragt. Rot-Rot-Grün (r2g) versprach einen Aufbruch. Das Vorhandene sollte ausgebaut werden und der Stillstand unter der CDU aufgebrochen werden. r2g, das heißt für die Koalition aus DIE LINKE, SPD und Grüne: Thüringen gemeinsam voranzubringen – demokratisch, sozial, ökologisch. Hier habe ich einige Punkte für Sie aus dem Bildungs- und Familienbereich:

3 500 Lehrerinnen und Lehrer wurden und werden von 2014 bis 2019 neu eingestellt. Zwischen 2009 und 2014 waren es nur 1200 Einstellungen.

150 Stellen zusätzlich in den Schulhorten gibt es, dadurch können Erzieherinnen und Erzieher ihren Beschäftigungsumfang auf mindestens 60 Prozent erhöhen.

375 Millionen Euro für Investitionen in Schulen wurden insgesamt im Schulbau- und Sanierungsprogramm seit 2014 bereitgestellt, eine **Steigerung um 400 Prozent** zur vergangenen Legislaturperiode.

5,6 Millionen Euro pro Jahr stehen als Vertretungsbudget zur Verfügung, damit in jeder Schule individuelle Förderung ausreichend angeboten werden kann.

1,2 Millionen stehen seit 2018 zusätzlich für moderne Lehr- und Lernmittel zur Verfügung.

Auf **2,4 Millionen Euro pro Jahr** wurden die **Mittel für Klassenfahrten verdoppelt**, damit konnten zum ersten mal alle genehmigten Kosten für Klassenfahrten erstattet werden.

300.000 Euro setzen wir jedes Jahr **für ein Lehrerinnen- und Lehrgewinnungsprogramm** ein.

Über **9 Millionen Euro** werden im Jahr 2019 durch das Land **für die Stärkung der Familie** mit individuellen Angeboten vor Ort ausgegeben.

Jährlich stehen erstmalig **1,5 Millionen Euro** ab 2018 für das Sonderprogramm **»Thüringer Eltern-Kind-Zentren«** zur Verfügung.

#wirmachenesgerecht für Kinder und Jugendliche in Thüringen



Susanne Hennig-Wellsow beim Landesparteitag DIE LINKE. Thüringen.

Damit Sie sorglos für Ihre Familie da sein können, macht es DIE LINKE in Thüringen gerecht. Gut bezahlte Arbeit, eine gute Gesundheitsversorgung, günstige Mieten und eine Stadt mit einer ausgewogenen Infrastruktur gehören genauso zu einem guten Leben wie gute Betreuungseinrichtungen und Bildung für unsere Kinder.

Wir haben ein beitragsfreies Kita-Jahr eingerichtet und kämpfen für ein weiteres Jahr, denn Bildung und Betreuung muss vollkommen kostenfrei werden. Aber nicht nur Ihr Geldbeutel soll entlastet werden – mehr Personal in allen Betreuungseinrichtungen wird dafür sorgen, dass Ihre Kinder rundum versorgt werden. Jedes Kind, welche Bedürfnisse es auch hat, muss in unserem Bildungssystem aufgefangen werden.

Als Landes- und Fraktionsvorsitzende von der LINKEN bin ich im ständigen Gespräch mit Erfurterinnen und Erfurtern. In vielen Teilen der Stadt habe ich an Ihre Türen geklopft oder mit Ihnen bei unterschiedlichen

Anlässen gesprochen. Wir alle sind uns früher oder später einig geworden, dass an den Problemen unserer Gesellschaft eine ungerechte Bundespolitik schuld ist, die mit Hartz IV und Niedriglöhnen Angst verbreitet. 24 Jahre lang hat es die CDU Thüringen nicht geschafft die zunehmende Ungerechtigkeit zu stoppen. Wir, DIE LINKE in Thüringen, nutzen dagegen alle Möglichkeiten, die wir im Land haben, um die Defizite der Bundespolitik zu mildern.

Auf unsere Kinder wartet, dank der neuen sozialen Politik in Thüringen, eine gute Zukunft und auf diese werden sie in guten Schulen vorbereitet. Sowohl die Unterrichtsabsicherung als auch die Qualität des Schulunterrichts war der LINKEN von Anfang an wichtig. Mit dem neuen Schulgesetz haben wir nicht nur die Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer verbessert, sondern auch einen besseren Schulalltag für die Kleinsten unter uns gewährleistet.

Aber trotz dieser Erfolge geben wir nicht Ruhe, denn wir wollen es in unseren Bil-

dungseinrichtungen noch gerechter machen.

Der ausgearbeitete »Thüringen Plan« der Landesregierung legt z.B. fest, dass Kinder und Jugendliche an unseren demokratischen Prozessen beteiligt werden sollen, denn sie sollen schon heute lernen wie sie sich morgen für eine gute Gesellschaft einsetzen können. Deshalb hat DIE LINKE das Wahlalter auf 16 Jahre für Kommunalwahlen herabgesetzt. Allen Befürchtungen zum Trotz glauben wir, dass Kinder und Jugendliche Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt sind und daher auch in ihrem Sinne entscheiden sollten. In Schulen mit viel Lehrpersonal werden sie das dazu benötigte Wissen erlangen. Das neue Schulgesetz, das durch den Bildungsminister Helmut Holter (DIE LINKE) auf den Weg gebracht worden ist, hat deshalb mein vollstes Vertrauen.

Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

Weltkindertag ist Feiertag

Sie haben es sicher schon gehört – nächstes Jahr haben Sie sehr voraussichtlich einen arbeitsfreien Tag mehr: Der Weltkindertag am 20. September soll gesetzlicher Feiertag werden. Damit können Sie sich auf ein langes Wochenende mit der Familie freuen, denn der 20. September 2019 ist ein Freitag. Wir möchten den Weltkindertag feiern, denn die Bedürfnisse von Kindern und ihren Familien müssen in den Fokus der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit gerückt werden. Ein gesetzlicher Feiertag gibt der Familie Zeit, die sie sonst so selten hat, deshalb war uns die Einführung so wichtig.

Alle Menschen tragen in Thüringen zum gesellschaftlichen Wohlstand bei. Die wirtschaftlichen Erfolge Thüringens wären ohne Ihre tägliche Arbeit nicht möglich. Gerade auch weil viele Thüringerinnen und Thüringer jährlich Millionen unbezahlte Überstunden leisten, wollen die Frakti-

onen der SPD, Grünen und DIE LINKE einen gesetzlichen Feiertag schaffen. Da die Trennlinien zwischen Arbeit und Familie immer weiter verwischen, bleibt viel zu selten Zeit für die wichtigsten Menschen im Leben – die Familie und Freunde. Ich bin überzeugt, dass uns das allen gut tun wird.

Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag



Damit jeder Tag Kindertag ist, setzt sich DIE LINKE für soziale Politik in allen Lebensbereichen ein.

Studienbedingungen verbessert

Die Zahl der Studierenden in Erfurt ist in den letzten Jahren gewachsen. Bezahlbarer Wohnraum muss mitwachsen. Deshalb wird gerade mächtig gebaut. Ab dem Wintersemester 2019/2020 stehen weitere 305 Wohnheimplätze in Erfurt

gend benötigter bezahlbarer Wohnraum für die Studierenden in Erfurt. Aber nicht nur in Wohnungen investiert das Land. Auch die Hochschulen in Erfurt bekommen seit 2016 mehr Geld. Jährlich wächst der Zuschuss vom Land Thüringen für die

Schaffen haben. Auch in Sachen Hochschulbau tut sich etwas. Im gemeinsamen Gespräch mit den Hochschulen, der Landesregierung und den Fraktionen von Rot-Rot-Grün konnten Lösungen für die dringend nötigen Sanierungsmaßnahmen



Christian Schaft (MdB) beim Landesparteitag DIE LINKE. Thüringen.

für Studierende zur Verfügung! Über 15 Millionen Euro von Land, Bund und Studierendenwerk werden in die Sanierung der alten Zahnklinik und des ehemaligen Blutspendezentrums in der Nordhäuser Straße gesteckt. Damit entsteht drin-

Hochschulen in ganz Thüringen. Über 232 Millionen Euro investiert die Landesregierung bis 2020 mehr in die Hochschulen, damit Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Beschäftigte gute Rahmenbedingungen für ihr

auf dem Unicampus gefunden werden, um die Lehr- und Studienbedingungen vor Ort zu verbessern.

Christian Schaft, Hochschulpolitischer Sprecher DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

Migrationspakt auf den Punkt gebracht

Seit kurzem ist der UN-Migrationspakt in aller Munde. Viele Halbwahrheiten machen dazu die Runde. Angst wird mit dem Thema Migration geschürt. Deshalb lohnt der Blick in den Pakt und die Frage was dort eigentlich geregelt werden soll.

Seit 2016 wurde in der internationalen Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen (UN) an dem Migrationspakt gearbeitet. Fast alle Mitgliedstaaten der UN sowie zivilgesellschaftliche Organisationen haben daran mitgewirkt. Das Ergebnis: Auf

34 Seiten sind 23 Ziele formuliert, um eine sichere, geordnete und reguläre Migration zu gewährleisten. Entgegen der Hetze von Rechts wird im Text ausdrücklich festgehalten, dass der Pakt die staatliche Souveränität der unterzeichnenden Staaten im Hinblick auf Migration unangetastet lässt. Ziel des Paktes ist es, internationale Standards für die Rechte von Migrantinnen und Migranten festzulegen. Gute Punkte in diesem Pakt sind beispielweise, dass Migrantinnen und Migranten bei der Integration besser

unterstützt und ihre Ausbildungen besser anerkannt werden sollen. Auch appelliert der Pakt an die Staaten die Diskriminierung von Menschen, die migriert sind, zu beenden sowie die Familienzusammenführung zu erleichtern und insbesondere die Schutzpflicht für die Rechte von Kindern zu berücksichtigen. So soll beispielsweise die Inhaftierung von Kindern beendet werden. Auch das bereits bestehende Verbot kollektiver Ausweisungen von Migrantinnen und Migranten wird bekräftigt.

Leider sind aber diese guten Punkte nur als Absichtserklärungen formuliert. Außerdem nimmt der Pakt eine positive Stellung gegenüber einem »Grenzmanagement« im Sinne weiterer Abschottung ein. Eine Abschottung, die mit Gewalt gegen Menschen und dem Tod einhergeht, wie die Außengrenzen Europas zeigen. Die Schritte zur Bekämpfung von Fluchtursachen im Pakt sind sehr vage gehalten. Die Ursachen von Migration und Flucht auf Grund ungerechter Wirtschafts- und Handelspraktiken der Industrieländer werden nicht ausreichend berücksichtigt. Der Pakt ist also nur ein erster Schritt mit Höhen und Tiefen. Aus LINKER Sicht braucht es statt Abschottung endlich legale Fluchtwege, sichere Einreisemöglichkeiten, einen individuellen Zugang zu einem fairen Asylverfahren und wirksame Maßnahmen gegen Fluchtursachen wie ein Ende der Waffenexporte und der ungerechten Handelspolitik sowie einen wirksamen Klimaschutz.

Christian Schaft, DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

Rassismus und Diskriminierung den Kampf ansagen

Rassismus und Diskriminierung sind auch in Thüringen ein Problem. Sei es die Hautfarbe, die Herkunft, der Glaube, das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung: Die Gründe, warum Menschen Opfer von Rassismus und Diskriminierung werden können, sind vielfältig. Eine Kommission im Landtag beschäftigt sich damit, um dagegen vorzugehen.

Als eine Konsequenz aus der rassistischen Mordserie des NSU hat der Thüringer Landtag 2014 mit den Stimmen aller Fraktionen die Einsetzung einer »Enquetekommission Rassismus« empfohlen, um »Vorschläge für die öffentliche Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« zu entwickeln. Im Januar 2017 hat der Thüringer Landtag dann auch die Einsetzung der Kommission beschlossen. Der Unterschied zu üblichen Ausschüssen im Landtag ist, dass nicht nur Politikerinnen und Politiker an einem Tisch sitzen, sondern auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und weitere Expertinnen und Experten. Im vergangenen Jahr wurden dazu zahlreiche Anhörungen zum Thema durchgeführt. Nun liegt ein Zwischenbericht vor, der erste Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung enthält. Die Empfehlungen sind vielfältig:

- die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen für Betroffene,
- eine rassismuskritische und diskriminierungssensible Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen, Polizistinnen und Polizisten, Verwaltungsangestellten und vielen anderen Beschäftigten
- die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus und auch
- konkrete Hinweise für die Abschaffung von Hürden und Benachteiligungen von Menschen aus unterschiedlichen Gründen in Gesetzen und Verordnungen.

Wie wichtig die Arbeit der Kommission und die erarbeiteten Maßnahmen sind, zeigte nicht zuletzt auch der Thüringen-Monitor. Demnach liegt die Verbreitung extrem rechter Einstellungen in Thüringen bei 20 Prozent und jede zweite Thüringerin und jeder zweite Thüringer stimmt rassistischen und nationalistischen Positionen zu.

Christian Schaft, DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag



Gemeinsam gegen rechte Hetze.



DAS GLÄSERNE RATHAUS

Stadtratsreport

DIE LINKE.
Fraktion im Erfurter Stadtrat

Kleines Wörterbuch Kommunalpolitik

Beigeordnete (§32 ThürKO)

Die Zahl der Beigeordneten beträgt in Erfurt, aufgrund der großen Einwohnerzahl, sieben Personen. Davon müssen mindestens zwei ehrenamtlich besetzt sein. Die/der erste Beigeordnete der Stadt ist Stellvertreterin/Stellvertreter der/des Oberbürgermeisterin/Oberbürgermeisters im Urlaubs- oder Krankheitsfall. Der Oberbürgermeister überträgt den hauptamtlichen Beigeordneten Geschäftsbereiche (z.B. Soziales, Bildung, Finanzen, Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur, Umwelt, Verkehr, Sport, oder Bürgerservice) und Ausschusszuständigkeiten. Ehrenamtlichen Beigeordneten kann er die Leitung einzelner Geschäftsbereiche übertragen. Die Beigeordneten haben in den Stadtratssitzungen beratende Stimme.

Das hauptamtliche Beigeordnetenamt ist in der Regel öffentlich auszuschreiben. Unter den geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern können sowohl der Oberbürgermeister als auch die Stadtratsmitglieder eine/einen oder mehrere Bewerber zur Wahl vorschlagen. Ehrenamtliche Beigeordnete werden aus den Mitgliedern des Stadtrates gewählt. Die hauptamtlichen Beigeordneten werden für sechs Jahre gewählt. Die Amtszeit der ehrenamtlichen Beigeordneten endet mit dem Ende der Amtszeit des Stadtrates. Beigeordnete können mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Stadtrates abberufen werden.

Impressum

»Das Gläserne Rathaus«
erscheint auf der
Seite 6 im »Anstoß«

Herausgeber:
DIE LINKE. im Erfurter Stadtrat
Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Telefon: 0361 / 655 20 50
Fax: 0361 / 655 20 51

die-linke-fraktion@erfurt.de
www.linksfraktion-erfurt.de

V.i.S.d.P.: Matthias Bärwolff

Für einen besseren öffentlichen Nahverkehr

Neue Straßenbahnen, niedrigere Preise und freie Fahrt für Schülerin und Schüler, bessere Anbindung der Ortsteile und neue Verbindungen auch im Nachtverkehr und bei starker Auslastung, dafür setzt sich DIE LINKE im Stadtrat ein, wenn es um den öffentlichen Nahverkehr geht.

Mit dem Beschluss im Stadtrat zur Beschaffung neuer Straßenbahnen ist der erste Schritt getan. Notwendig werden die neuen Fahrzeuge unter anderem, da die Zahl der Fahrgäste seit Jahren steigen und bereits heute Kapazitätsgrenzen erreicht sind. Über 53 Millionen Fahrgäste hat die EVAG allein im Jahr 2017 befördert und im Berufsverkehr ist der Platz schon heute knapp. Die neuen Straßenbahnen werden mit ca. 40 Millionen Euro von der Landesregierung gefördert und erweitern die Kapazitäten der EVAG immens. Ebenfalls durch die rot-rot-grüne Landesregierung wurde endlich das Azubi-Ticket eingeführt. DIE LINKE nimmt für den öffentlichen Verkehr in Erfurt nun vor allem die Kinder, Jugendlichen und Schülerin und Schüler bis zum 18. Lebensjahr in den Fokus. Einen Prüfauftrag hat der Stadtrat bereits beschlossen. Auch wenn die EVAG bislang



noch Bedenken hat, stehen Eltern heute vor großen Fragen und begrüßen den Vorschlag der LINKEN im Stadtrat. Sie werden finanziell entlastet, ebenso die Schulen und die Stadtverwaltung, die viel Arbeit mit Anträgen und Fragen der Eltern haben. Statt einer ungerechten und bürokratische Beantragung und Abrechnung der Schülerinnen- und Schülermonatskarten, bzw. dem hohen Preis von 39 Euro im Monat, will DIE LINKE freie Fahrt für Schüle-

rinnen und Schüler. Finanziert werden soll das zum Teil aus Arbeitseinsparungen in der Verwaltung, einem Zuschuss durch den Stadtrat und einem Rabatt durch die EVAG.

Damit werden Familien finanziell entlastet. Kinder und Schülerinnen und Schüler werden zu Vorbildern, denn sie können Eltern das Elterntaxi zur Schule oder zur Freizeit ersparen und gleichzeitig vorleben, wie mobil sie mit Bus und Bahn sind.

DIE LINKE stärkt Wohngebiete – Berliner Platz wird saniert

»Die Sanierung des Berliner Platzes hat lange auf sich warten lassen, nach einem Sommer mit Bauarbeiten nimmt der Boulevard schon Formen an« so Dr. Wolfgang Geist, LINKER Ortsteilbürgermeister am Berliner Platz. Für die Anwohnerinnen und Anwohner des Berliner Platzes entsteht hier ein Ort mit Lebensqualität. »Schöne Ecken laden zum Verweilen ein, die sanierte Kaufhalle wertet das Umfeld

auf und die neuen Grünflächen und der Brunnen machen aus dem Berliner Platz ein Schmuckstück« so Dr. Geist weiter. DIE LINKE hatte sich im Stadtrat gezielt für die Stärkung der großen Wohngebiete eingesetzt. »Wir müssen in die großen Wohnsiedlungen investieren, die sozialen Einrichtungen erhalten und ausbauen. Das gilt für die Bibliothek am Berliner Platz ebenso wie für die Stadtteilbiblio-

thek am Herrenberg«, so der Vorsitzende der LINKEN Stadtratsfraktion, Matthias Bärwolff. Im Südosten werden im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« Jugendhäuser und soziale Einrichtungen saniert oder gänzlich neu gebaut, wie die Kulturgarage in Melchendorf. »Für den Erfurter Norden geht es darum den Roten Berg zu stabilisieren, im Rieth den Platz der Völkerfreundschaft zu sanieren und auch das Wandgemälde von Erich Enge zu retten und für den Berliner Platz stand die Sanierung ganz oben auf der Prioritätenliste«, so Bärwolff weiter.

Nach der Sanierung der Innenstadt muss die Stadt endlich den Blick auf die Ränder der Stadt richten. »Hier gibt es viel zu tun, insbesondere, was kulturelle und soziale Räume angeht«, sagt Bärwolff, der auch Stadtplaner ist und die großen Wohngebiete mit einem besonderen Augenmerk betrachtet. »Soziale Entmischung ist in Erfurt ein echtes Problem! Das muss auch der Oberbürgermeister Andreas Bausewein endlich erkennen«, so Matthias Bärwolff weiter. DIE LINKE kämpft für eine aktive Stadtplanung die eingreift. Sozialer Wohnungsbau, aktive Mietpolitik und die gezielte Förderung der Großwohnsiedlungen sind die Instrumente, mit denen DIE LINKE für bezahlbare Mieten und ein sozialeres Miteinander sorgen will.



Bei der Grundsteinlegung am Berliner Platz (v.l.n.r.): Susanne Hennig-Wellsov (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Thüringer Landtag), Christian Schaft (Mitglied DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag), Dr. Wolfgang Geist (Ortsteilbürgermeister Berliner Platz) und Matthias Bärwolff (Matthias Bärwolff, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Erfurter Stadtrat)

Bilanz nach dem ersten Jahr der 19. Wahlperiode

Der Rechtsruck im Bundestag und ein erfolgreicher Start in den Amri-Untersuchungsausschuss

Der Anfang des 19. Deutschen Bundestages stand deutlich unter dem Zeichen des Einzugs der Alternative für Deutschland. Für die extrem rechte Partei bedeutete

sprochen und ist bemüht, ihr stets Paroli zu bieten.

Auch im Untersuchungsausschuss zum Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 kann DIE LINKE deutliche Akzente setzen. Statt den Ausschuss als Vorwand zu nehmen, die Flüchtlings-

schuss, sondern auch im Innenausschuss zum Thema.

Darüber hinaus habe ich in über 130 Anfragen die Machenschaften der Geheimdienste, die Extreme Rechte und die unzureichenden Maßnahmen der Bundesregierung thematisiert. So haben wir herausgefunden,



Martina Renner

dies in erster Linie kostenlose Werbung und großes mediales und öffentliches Interesse, ohne dass sie sich sonderlich anstrengen musste. Ein Jahr danach lässt sich eine erste Bilanz ziehen: Die AfD nutzt den Bundestag als Bühne ihrer Inszenierung. Wann immer Abgeordnete das Wort haben verbreiten sie rechte und rassistische Propaganda. Bis auf wenige Ausnahmen dienen sämtliche Anfragen und Anträge nur als Vorwand, um gegen Flüchtlinge, Muslime, Linke oder Feministinnen zu hetzen. DIE LINKE lässt diese Hetze nicht unwider-

politik der Bundesregierung von rechts zu kritisieren, wie es AfD und Teile von CDU und FDP beabsichtigt hatten, geht es um die dubiose Rolle von V-Leuten von Polizei und Geheimdiensten. Hatte der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Maaßen noch im Januar 2017 geleugnet, dass das BfV Quellen im Umfeld von Amri führte, offenbarten journalistische Recherchen wenig später, dass hier das Parlament belogen wurde. DIE LINKE machte diese wohlbekanntes Vertuschungsstrategie nicht nur im Untersuchungsaus-

den, dass Deutsche Neonazis regelmäßig Schießübungen abhalten und massenfach politische Widersacher auf Feindeslisten setzen. Zudem konnten wir eine gezielte Abwehr von unliebsamen Presseanfragen aufdecken, die sich die Bundesregierung in den letzten Jahren ganze 1,8 Millionen EUR kosten ließ. Als Opposition ziehen wir die Regierung zur Rechenschaft und schaffen Aufmerksamkeit, wo sie die Regierung am liebsten nicht hätte.

Martina Renner, DIE LINKE. Fraktion im Bundestag

Verfassungsschutz? Abschaffen!

Die absurde Affäre um die Verletzung des ehemaligen Verfassungsschutz-Präsidenten Hans-Georg Maaßen und das Verhalten von Horst Seehofer dazu zeigen: Seehofer ist der völlig falsche Mann für das Innenministerium. Maaßens Entlassung war längst überfällig und Seehofer muss sich vermehrt fragen lassen, ob er dessen rechte Agenda teilt. Die völlig unverständliche Weigerung des Innenministers, vor dem Innenausschuss Rede und Antwort zu stehen, offenbart einen unmöglichen Umgang mit dem Parlament. Auch Maaßens Nachfolger gibt wenig Anlass zur Hoffnung. Die jahrelange und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Maaßen ohne Zeichen der Kritik an ihm lässt eher befürchten, dass es mit Thomas Haldenwang keine Zäsur oder eine Demokratieoffensive, sondern ein »Weiter so« geben wird. Dafür gibt es nur eine Lösung: der Verfassungsschutz gehört abgeschafft.



Foto: Bundesamt für Verfassungsschutz

Aktiv, bunt und links – Mitmacherinnen und Mitmacher gesucht!

Für eine starke Linksfraktion im Stadtrat

Jetzt, so kurz vor Jahresende ist die Erfurter Linkspartei mit dem Kopf schon voll im nächsten Jahr. Was will die Erfurter LINKE verändern, was will sie in den nächsten Jahren anpacken? In den letzten Wochen wurden Standpunkte aufgeschrieben und Ideen gesammelt: vom sozialen Wohnungsbau über das Sozialticket für den Nahverkehr bis zu familienfreundlichen Eintrittspreisen bei EGA und Zoopark reichte die Spannweite der Themen.

Überall war spürbar: hier gibt es eine hohe Motivation, noch mehr als bisher in der Stadt wirksam zu werden, gemeinsam mit den Partnern von Rot-Rot-Grün, aber

auch eigenständig, Akzente zu setzen, Lösungen für Probleme zu finden. Mit Hochdruck wird am Kommunalwahlprogramm gearbeitet. Es soll im Januar auf einer weiteren Mitgliederversammlung diskutiert und beschlossen werden.

Das Kommunalwahlprogramm ist dann für die Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN im Rathaus für die nächsten fünf Jahre die Richtschnur, nach der sie arbeiten und nach der sie von den Parteimitgliedern immer wieder gefragt werden.

Um solch ein Programm umzusetzen, braucht es einen langen Atem und Durchsetzungskraft, wenn's drauf ankommt, eine Portion Aufmüpfigkeit sowie eine Mannschaft motivierter, ideenreicher und beharrlicher Menschen.

Wer Lust hat, sich gemeinsam mit anderen in die Diskussionen einzubringen, wem es Spaß macht, im Wohngebiet in engem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern zu sein, ihre Probleme zu kennen und nach Lösungen zu suchen oder wer sich für eine soziale, offene und freundliche Politik engagieren möchte, den oder die laden wir ein, mit uns zusammenzuarbeiten. Wir haben eine offene Liste! Eine Kandidatur auf der Liste der LINKEN für den Stadtrat, eine unterstützende inhaltliche Tätigkeit als sachkundige Bürgerin bzw. sachkundiger Bürger oder auch ein Engagement in den Ortsteilräten ist auch für Nichtparteimitglieder möglich. Kommen Sie zu uns und verstärken Sie die Reihen der LINKEN als soziale Kraft in unserer Stadt!



Dr. Steffen Kachel, Vorsitzender DIE LINKE. Erfurt

Linke Termine: Weihnachtsrezept

29. Januar, 14 Uhr Sozialpolitischer Jahresauftakt von Karola Stange

Gemeinsam mit Ihnen möchte Karola Stange aktuelle Fragen aus dem sozialen Bereich diskutieren.

Ort: Café B, Johannesstraße 141

5. Februar, 16 bis 18 Uhr Sprechstunde von Karola Stange

Regelmäßig bietet Karola Stange die Möglichkeit, mit ihr direkt ins Gespräch zu kommen. Bitte vor anmelden.

Telefon: 0361 / 21 66 87 09
wahlkreisbuero@karola-stange.de
Ort: linksKontakt,
Johannesstraße 49

7. Februar, 18 Uhr Pflege besser machen!?

Sozialministerin Heike Werner und Karola Stange treffen in einer Diskussionsrunde auf Praktiker*innen aus der Pflegepraxis. Diskutieren Sie mit für eine besser Pflege.

Ort: Wird in Kürze auf
www.die-linke-erfurt.de
bekannt gegeben.

1. Mai, ganztags Für Demokratie und So- lidarität, gegen soziale Spaltung und Rassismus

Am 1. Mai 2019 will die AfD in Erfurt aufmarschieren und sich als Ost- und Arbeiterpartei tarnen. Ein breites Bündnis wird das nicht unwidersprochen lassen und ruft auf zu einer Versammlung der Vielen, deren Gemeinsamkeit solidarische Antworten auf soziale Fragen sind. Antworten, die für alle gelten, im Interesse der Vielfalt. Achtet auf die Ankündigungen: unsere Alternative ist Solidarität!

Ort: Innenstadt Erfurt



Petit chèvre (»Kleiner« Ziegenkäse)

Wie wäre es an Weihnachten mal mit einem schnellen französischen Menü?

Drei Gänge, die schnell zubereitet sind und die Pausen können zum Geschenke ausprobieren, Reden oder für ein kurzes Spiel genutzt werden. Das Besondere: die gesamte Vorbereitung kann im Laufe des Tages erfolgen, sodass am Abend nur noch zubereitet werden muss.

(4 Personen, Vorbereitungszeit 15 Minuten, Zubereitungszeit 45 Minuten)

1. Gang: Petit chèvre (»Kleiner« Ziegenkäse)
2. Gang: Faux filet au poivre (Falsches Filet mit Pfeffer)
3. Gang: Glace du vanille aux Cassis (Vanilleeis mit Johannisbeerlikör)

Zutatenliste:

- 2 frische Ziegenkäserollen
- 2 Baguettestangen (schräg aufschneiden)
- 1 Kopf Eisbergsalat
- 4 Scheiben falsches Filet (Buglende) vom Rind (ca. 3 cm dick)
- 20 g getrockneter Majoran
- 500 g kleine Champignons
- 1 große Gemüsezwiebel
- 500 ml Vanilleeis
- 100 ml Crème de Cassis

Vorbereitung:

Die Ziegenkäserolle in jeweils ca. 2 cm dicke Scheiben schneiden, Teller mit Salatblättern auslegen. Die Fleischscheiben mit Olivenöl beträufeln, mit Salz und reichlich getrocknetem Majoran einrei-

ben und abgedeckt zur Seite stellen. Die Champignons vierteln, die Zwiebel würfeln.

Vorspeise:

Die vorbereiteten Käsescheiben in eine vorgeheizte Teflonpfanne legen, von jeder Seite anbraten, bis eine leichte Kruste entsteht. Teller mit Salatblättern belegen, mit den Käsescheiben und 1 bis 2 Stücke Baguette dazu servieren.

Hauptspeise:

Feuerfesten Topf mit Deckel in den Backofen stellen und auf 100 Grad vorheizen. Das vorbereitete Rindfleisch in reichlich Olivenöl in einer Pfanne bei mittlerer Hitze erst auf der einen, dann auf der anderen Seite ca. 2 bis 3 Minuten knusprig anbraten. Bei geringerer Hitze ca. 5 Minuten weiter garen lassen. Danach das Fleisch im Topf im vorgeheizten Backofen ca. 15 Minuten ruhen lassen. Hitze in der Pfanne erhöhen, Pilze und Zwiebeln gemeinsam anbraten bis die Zwiebeln braun sind. Das Fleisch auf vorgewärmten Teller legen, von beiden Seiten mit einer Pfeffermischung gut würzen. Salatblätter auf die Teller legen, Champignons und Zwiebeln samt Öl dazu geben. Mit dem restlichen aufgeschnittenen Baguette servieren.

Nachspeise:

Pro Person gewünschte Menge Eis jeweils in eine Schüssel geben, glatt streichen und in eine geformte Kuhle ca. 25 ml Crème de Cassis geben. Für Kinder wahlweise roten Fruchtsirup.

Danke Tamara!

Nach fast 28 Jahren in der Landes- und Stadtpolitik geht die Erfurter Bürgermeisterin und Sozialdezernentin in den wohlverdienten Ruhestand.

Wer wissen will, wie sich Tamara Thierbach immer ihren Aufgaben gestellt hat, muss sich nur an den 10. Oktober 2006 erinnern. In einem denkwürdigen Wahlmarathon setzte sie sich letztendlich gegen den Kandidaten der CDU per Losentscheid durch. Als sie anschließend gefragt wurde, ob es nicht ein komisches Gefühl sei, per Los zur Bürgermeisterin geworden zu sein, antwortete sie: »Warum? Gewählt ist gewählt. Egal wie. Und jetzt bin ich Bürgermeisterin.« Und so hat sie seitdem auch soziale Politik in Erfurt gemacht. Mit viel Überzeugungskraft, vollem Einsatz und manchmal auch mit dem Ellenbogen.

Vor ihrer Wahl zur Bürgermeisterin war sie seit 1990 Abgeordnete im Thüringer Landtag, ihr Wahlkreis war der Erfurter Südosten. Hier war sie präsent und setzte sich für die großen und kleinen Sorgen der Menschen ein. Immer ansprechbar, immer auf der Suche nach Lösungen, manchmal auch mit unkonventionellen Mitteln. Nervte auch mal die Menschen um sie herum durch permanentes und dauerhaftes Nachhaken. Durch diese Art und die große Fachkompetenz, die sie sich im Laufe der Zeit aneignete, konnte sie sich durchsetzen und wurde zu einer geachteten und geschätzten Politikerin in der Stadt und im Land. Und errang schließlich 2004 das Direktmandat im Wahlkreis Erfurt IV.

Die PDS und später DIE LINKE hat ihr viel zu verdanken. Und deshalb sagen wir an dieser Stelle: »Tamara: Dankeschön! Und lass' es jetzt etwas ruhiger angehen.«

Steffen Kachel,
Vorsitzender DIE LINKE. Erfurt



Tamara Thierbach

Sudoku

			1		6	4		
3								2
9	1							8
	3			8				9 7
		1			9		3	
	7		6		3	2	5	4
	6		4					2
1		4	3		5			
7	8	2				3		5

Ausfüllregel: In jeder Reihe, Spalte und Unterquadrat dürfen die Zahlen 1-9 je nur einmal vorkommen.

		6		7	4		3	
			5					
					6		9	8 7
1				8				6
				1	5	6		
3					4			5
7	1	4		2				
							6	
		2		1	9		7	3

Impressum

DIE LINKE. Erfurt
Eugen-Richter-Straße 44
99085 Erfurt
Telefon: 0361 / 601 11 50
Fax: 0361 / 601 11 51
redaktion@die-linke-erfurt.de
www.die-linke-erfurt.de

Redaktion: Kai Budler (kb), Katja Maurer (km), Katja Kleimnagen (kk), Matthias Plhak (mp), Isabella-Marie Sander (ims), Sarah Schwarz (sw)
Layout: Benjamin König

V.i.S.d.P.: Dr. Steffen Kachel

DIE LINKE im Netz

www.bodo-ramelow.de
www.die-linke-erfurt.de
www.linksfraktion-erfurt.de
www.karola-stange.de
www.blechschmidt-andre.de
www.ronald-hande.de
www.redroxx.de
www.susannehennig.de
www.unz.de
www.die-linke-thueringen.de